



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in feministische Diskussionen zu „Gender & Development“ – Analysen und Positionen zu Geschlechtergleichstellung und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 1/2025

Frontalangriff auf „Gender“ und Entwicklungszusammenarbeit Reviews 30 Jahre nach der letzten Weltfrauenkonferenz von Peking

Einleitung

Dieses WIDE-Update sollte im Zeichen „30 Jahre Weltfrauenkonferenz und Aktionsplattform von Peking“ stehen. Die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking („Peking+30“) ist auch das Thema der diesjährigen UN-Frauenstatuskommission im März 2025 in New York.

Die politischen Entwicklungen in den USA lassen das Thema allerdings in den Hintergrund treten: Einen derartigen Frontalangriff auf die internationale Zusammenarbeit wie durch die USA mit dem zweiten Amtsantritt von Donald Trump hat es seit der Etablierung von Entwicklungs-zusammenarbeit und der Schaffung der UN-Institutionen noch nicht gegeben.

UN-Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation, aber auch andere multilaterale Institutionen werden durch Austritt und/oder Entzug von Mitteln geschwächt. Die Klimakrise wird geleugnet; Migrant*innen werden zu Sündenböcken für alles und jedes gemacht; Lügen schamlos in die Welt gesetzt („Kondome für Gaza“).

Die Rechtsextremen in Europa schauen zu und lernen, was alles geht. Oder hoffentlich doch nicht. Es ist eine Zeitenwende.

Zugleich stehen Errungenschaften der Frauen*bewegung auf dem Spiel: das Verständnis von „Gender“ als einem sozialen (Macht-)Verhältnis zwischen den Geschlechtern; der Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten und Gesundheit (Stichworte Sexualbildung, Familienplanung,

Verhütung sexuell übertragbarer Krankheiten, Recht auf Schwangerschaftsabbruch; die Forderung nach Anerkennung der Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung); ein Bewusstsein in Bezug auf „Intersektionalität“ – der Realität, dass es miteinander verschränkte Machtverhältnisse und Diskriminierungen gibt – alles „woke Ideologie“, die aus der Welt geschafft werden soll.

Viele soziale Medien mit rechtslastig gepolten Algorithmen tragen zu Desinformation, der Verbreitung von „Fake news“, bei. Ein Zufall oder nicht, es ist ausgerechnet ein Tech-Milliardär, der in den USA mit der Entwicklungszusammenarbeit aufräumt.

Wir halten dagegen – mit Fakten, unserem politischen Gedächtnis, Vernetzung, Solidarität und Widerstandsgeist!

Inhalt

Dieses WIDE-Update ist in folgende Abschnitte gegliedert:

- Zeitenwende in den USA 2
- Rückblick – Ausblick: Frauen*rechte 30 Jahre nach Peking 3
- Peking+30: Österreich, China, Albanien, Afghanistan 6
- Peking+30: Gender und digitale Medien 9
- Berichte zu sexuellen und reproduktiven Rechten 12
- Gender und Entwicklungsfinanzierung & Bericht vom AWID-Forum 2024 13

Zeitenwende in den USA

Kommentar zur Zerschlagung von USAID

*Sabine Klotz, Obfrau der WIDE-Mitgliedsorganisation „Chay Ya“, die sich in Nepal engagiert, schrieb am 24. Februar an ihre Mitglieder und Unterstützer*innen folgende Nachricht:*

„Mit großer Empörung und tiefer Bestürzung habe ich von den drastischen Kürzungen der USAID-Mittel erfahren (...)! Diese Entscheidung der Trump-Administration ist ein verheerender Schlag für die Ärmsten und Schwächsten, insbesondere Frauen und Kinder, die auf diese Unterstützung angewiesen sind.

Seit Jahrzehnten ist USAID eine der wichtigsten Finanzierungsquellen für Projekte zur Förderung der Frauenrechte, der Bildung benachteiligter Jugendlicher, der Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern sowie der wirtschaftlichen Selbstbestimmung von Frauen in Nepal. Allein im Jahr 2024 wurden 151,1 Millionen Dollar für wichtige Programme bereitgestellt. Die Folgen dieser Kürzungen sind katastrophal: Die Finanzierung von Gesundheitsprojekten zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit ist nun stark gefährdet. Frauen, die durch landwirtschaftliche Förderprogramme in ihre Unabhängigkeit investiert haben, stehen vor dem finanziellen Ruin. Bildungschancen für marginalisierte Jugendliche, insbesondere Mädchen, werden gestrichen. Die hart erkämpften Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle der Frau sind in Gefahr, zunichte gemacht zu werden.

Was mich noch mehr frustriert, ist, dass dies einen dramatischen Rückschlag für die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) bedeutet. Wir haben jahrelang darauf hingearbeitet, den Hunger zu beenden, Bildung für alle zugänglich zu machen, die Gesundheit von Frauen und Kindern zu verbessern und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Und jetzt? Eine einzige politische Entscheidung droht, all diese Errungenschaften zunichte zu machen. Das ist nicht nur ein Rückschlag für Nepal - es ist ein Rückschlag für die ganze Welt und die Werte, für die wir stehen.

Das können und dürfen wir nicht einfach hinnehmen! Nepal braucht unsere Unterstützung jetzt mehr denn je. Diese Kürzungen machen

deutlich, wie wichtig es ist, dass wir nicht von der internationalen Finanzierung abhängig bleiben, sondern selbst aktiv werden.

Deshalb bitte ich euch heute: Lasst uns zusammenstehen und ein starkes Zeichen setzen! Jede Spende, jede Initiative, jeder Akt des Engagements zählt jetzt doppelt so viel. Wir dürfen nicht zulassen, dass jahrelange Fortschritte durch politischen Leichtsinn zunichte gemacht werden.“ [SK]

Informationen zu Chay Ya Austria: <https://chay-ya.org/en/chayya-austria>

Um wieviel Geld geht es bei USAID?

Laut den neuesten verfügbaren Daten waren die USA 2023 mit einem Volumen von 65 Mrd. US-Dollar das weitaus größte Geberland unter allen Staaten (bei einem Gesamtvolumen aller Staaten von 223,3 Mrd. US\$). Von den 65 Mrd. Dollar wurden rund die Hälfte der Mittel über USAID vergeben. Trotz ihres hohen Volumens macht die US-EZA nur 0,24% des amerikanischen Bruttonationaleinkommens aus (liegt also weit unter dem 0,7%-Ziel). Ihr Anteil am US-Budget liegt bei 0,6%. [CT, SK]

*Flourish (22.1.2025): [Final 2023 statistics. By OECD on Development on 22 Jan 2025](#)

Seddon, Sean (7.2.2025): [What is USAID and why is Trump poised to 'close it down'?](#)

Fakten in Zeiten von Fake News: Folgen der Schließung von USAID

Die überraschende Entscheidung der Trump-Administration, die „United States Agency for International Development“ (USAID) aufzulösen, hat weltweit für Aufsehen gesorgt.

USAID, eine der wichtigsten Organisationen für internationale Entwicklungszusammenarbeit, spielte jahrzehntelang eine Schlüsselrolle in der Bereitstellung von humanitärer Hilfe, wirtschaftlicher Entwicklung und demokratischer Förderung. Doch was bedeutet die Schließung konkret? Welche rechtlichen Herausforderungen gibt es, und welche Auswirkungen hat diese Entscheidung auf die internationale Entwicklungshilfe und die betroffenen Länder?

Die Entscheidung zur Auflösung der USAID hat eine Reihe von rechtlichen Fragen aufgeworfen. Mehrere Organisationen, darunter Entwicklungs-NGOs und frühere Vertrags-

partner der Behörde, haben Klagen eingereicht. Ihr Hauptargument: Der Präsident verfügt nicht über die alleinige Befugnis, eine von der Legislative geschaffene und durch den Kongress finanzierte Behörde aufzulösen.

Ein zentrales rechtliches Hindernis ist der „Impoundment Control Act“, der vorschreibt, dass die Exekutive genehmigte Haushaltsmittel nicht ohne Zustimmung des Kongresses zurückhalten darf. Sollte sich herausstellen, dass bereits genehmigte Hilfszahlungen nicht ausgeführt werden, könnte dies als rechtswidrig eingestuft werden. Zusätzlich könnte der „Administrative Procedures Act“ verletzt worden sein, wenn die Regierung ohne ordnungsgemäße Konsultation mit dem Kongress oder betroffenen Akteuren gehandelt hat.

Einige Gerichte haben vorläufige Verfügungen gegen die Umsetzung der Maßnahme erlassen. Expert*innen gehen davon aus, dass sich der Rechtsstreit über Monate oder sogar Jahre hinziehen könnte – eine ungewisse Situation für Partnerorganisationen, die von USAID-Mitteln abhängig sind.

Die Schließung von USAID hinterlässt ein enormes Vakuum im globalen Entwicklungshilfesystem. Allein 2023 investierte die Behörde über 29 Milliarden US-Dollar in Projekte in über 100 Ländern. Besonders betroffen sind Programme zur Armutsbekämpfung, Gesundheitsvorsorge und humanitären Hilfe.

Ein Beispiel ist die plötzliche Einstellung von USAID-finanzierten HIV/AIDS-Programmen in Südafrika, die Millionen von Patienten betreffen könnte. Auch Hilfsmaßnahmen für venezolanische Geflüchtete in Kolumbien stehen vor dem Aus.

Entwicklungsorganisationen warnen davor, dass viele lokale NGOs und humanitäre Initiativen ihre Arbeit einstellen müssen, da sie keine alternativen Finanzierungsquellen haben.

Langfristig könnte die Entscheidung geopolitische Konsequenzen haben. Länder wie China könnten die entstandene Lücke füllen und ihren Einfluss in Entwicklungsländern weiter ausbauen. Die USA verlieren dadurch nicht nur ihre Stellung als führender Geber, sondern auch geopolitischen Einfluss in strategisch wichtigen Regionen.

Während viele die Schließung von USAID kritisieren, gibt es auch Stimmen, die deren

Effektivität in Frage stellen. In mehreren Ländern des Globalen Südens wurde kritisiert, dass US-Hilfsgelder oft mit hohen Verwaltungskosten verbunden waren und nicht immer die gewünschte Wirkung erzielten.

Ein zentraler Vorwurf ist, dass USAID-Programme oft von US-Unternehmen und Beratern dominiert wurden, wodurch nur ein Bruchteil der Mittel direkt den betroffenen Gemeinden zugutekam. Zudem wurde die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe in manchen Regionen als hinderlich für nachhaltige wirtschaftliche Eigenständigkeit angesehen.

Dennoch bleibt unbestritten, dass USAID in Krisensituationen eine entscheidende Rolle gespielt hat – sei es in der Bekämpfung von Ebola in Westafrika, der Unterstützung von Geflüchteten oder dem Wiederaufbau nach Naturkatastrophen.

Kritiker- und Befürworter*innen sind sich daher einig: Falls USAID tatsächlich aufgelöst wird, braucht es eine klare Alternative, um bestehende humanitäre Herausforderungen zu bewältigen. Denn die Schließung von USAID ist weit mehr als eine innenpolitische Entscheidung der USA – sie hat tiefgreifende globale Auswirkungen. [MIO]

U.S. Government Publishing Office (GPO) (1946, zuletzt geändert): Administrative Procedure Act (5 U.S.C. Subchapter II), <https://www.govinfo.gov/> (Gesetz im offiziellen GPO-Archiv)

Reuters (2019): [Trump Administration Sued Over Foreign Aid Freeze](#)

Congressional Research Service (CRS) (2022): [U.S. Foreign Assistance: An Overview](#)

The Guardian (2018): [US Aid Cuts and the Rise of China in Developing Nations](#)

PEPFAR (2020): [PEPFAR Annual Report to Congress](#)

Frauen*rechte 30 Jahre nach Peking

Rückblick auf das NGO-Forum und die Weltfrauenkonferenz 1995

Die frauen- und entwicklungspolitisch engagierte Politikwissenschaftlerin und ehemalige Mitarbeiterin der Frauen*solidarität Gundi Dick hat 1995 als eine von 30.000 Vertreter*innen der internationalen Zivilgesellschaft an der 4. UN-Weltfrauenkonferenz in Peking teilgenommen.

In ihrem Beitrag für die Zeitschrift *Frauen-solidarität* schilderte sie eindrücklich die schwierigen Rahmenbedingungen, die besondere Atmosphäre und die zentralen Forderungen auf dem NGO-Forum, das fernab des Konferenzortes die Weltfrauenkonferenz mit rund 5.000 Workshops umrahmte. Gundi Dick skizziert die auf der Konferenz erreichten Fortschritte, wie die uneingeschränkte Anerkennung der Menschenrechte von Frauen, zeigt aber auch Schwachstellen auf, wie die fehlenden Mechanismen und Ressourcen zur Umsetzung der Pekinger Deklaration und Aktionsplattform. Ein lesenswerter Artikel, der uns auf eine Zeitreise nach Peking zur 4. UN-Weltfrauenkonferenz mitnimmt! [AK]

Dick, Gundi (1995/2025): Globalisierung der Wirtschaft – [Globalisierung des Frauenkampfes. Über das NGO-Forum und die offizielle Weltfrauenkonferenz](#)
In: *Frauen-solidarität* Nr. 53 (3/1995)

Wenig Licht, viel Schatten in der Region „Europa“ 30 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz

Der dreißigste Jahrestag der vierten Weltfrauenkonferenz von 1995 offenbart eine ernüchternde Bilanz der Gleichstellungspolitik in der europäischen Region.

Die Aktionsplattform von Peking, von 189 Staaten verabschiedet, zielte auf die Machtgleichstellung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die aktuellen Länderberichte aus der heterogenen ECE-Region, die von EU-Ländern über den Balkan bis nach Zentralasien reicht, zeigen jedoch mehr Schatten als Licht.

Zentrale Herausforderungen zeigen sich besonders deutlich in drei Kernbereichen:

- Geschlechtsspezifische Gewalt ist überall verbreitet und nimmt weiter zu, trotz verbesserter rechtlicher Rahmenbedingungen wie der Istanbul-Konvention. Die Datenlage belegt den besorgniserregenden Trend, obwohl die Dunkelziffer bei allen Arten von Gewalt riesig ist.
- Bei wirtschaftlicher Gleichstellung gibt es kaum strukturelle Fortschritte; die Feminisierung der Armut und Einkommensungleichheiten bleiben genauso bestehen wie die Segregation der Arbeitsmärkte und die Last unbezahlter Sorgearbeit auf den Schultern von Frauen. Punktuelle Interventionen und der

neoliberale Diskurs über "ökonomische Chancen" verdecken die systemischen Probleme.

- Die politische Repräsentation von Frauen bleibt dramatisch ungleich. Wo es Fortschritte gibt, stagnieren diese bei etwa 30% Frauenanteil. In den OSZE-Ländern lag 2024 der durchschnittliche Frauenanteil in Parlamenten bei 31,6%.

Multiple Krisen wie die COVID-19-Pandemie, der Ukraine-Krieg und Inflation haben die Rahmenbedingungen für gleichstellungspolitische Maßnahmen zusätzlich erschwert. Gleichzeitig zeigt sich in vielen Ländern ein mangelnder politischer Wille für effektive Gleichstellungspolitik, verstärkt durch den antifeministischen Backlash. Besonders besorgniserregend ist das Schrumpfen von Räumen für die Zivilgesellschaft und eine zunehmende Repression gegen Feminist*innen.

Herausforderungen wie Digitalisierung, Migration und Klimakrise bleiben Randthemen der Gleichstellungspolitik.

Die Digitalisierungsdebatte bleibt oft beim Thema „Zugang“ stehen, ohne tiefere Geschlechterdimensionen zu analysieren.

Auch die Sorgekrise findet trotz ihrer zentralen Bedeutung für Geschlechtergerechtigkeit zu wenig Beachtung und wird meist auf Vereinbarkeitsfragen reduziert.

Ein Zusammen-Denken von Gleichstellungs- und Geschlechtervielfaltspolitik findet sich mittlerweile in einzelnen Ländern, jedoch spiegeln viele Berichte, manchmal auch indirekt, die weit verbreiteten antifeministischen und LGBTIQ*-feindlichen Diskurse.

Ein Hoffnungsschimmer liegt in der verbesserten Datenlage zur Gleichstellung, besonders innerhalb der EU. So wird evidenzbasierte politische Diskussion ermöglicht. Der Einfluss internationaler Normen wie der Istanbul-Konvention und EU-Recht zeigt zudem, dass supranationale Regelwerke positive Entwicklungen anstoßen können, selbst in Ländern, die nicht ratifizieren. Die größte Hoffnung für Fortschritte ruht jedoch auf der vernetzten feministischen Zivilgesellschaft und ihren Bündnispartner*innen, die sich weiterhin für eine progressive Gleichstellungspolitik einsetzen. [ST]

Steinhilber, Silke (17.2.2025): [Wenig Licht, viel Schatten in der Region „Europa“ dreißig Jahre nach der Weltfrauenkonferenz](#)

UN Economic and Social Council (12.8.2024): [Economic Commission for Europe. Regional review of progress: regional synthesis](#)

Frauenrechte im Kontext großer Transformationen

Ein „Expert Paper“ mit dem Titel „Vitalisierung von Frauenrechten und der Agenda zur Geschlechtergleichstellung im Kontext von Veränderung“, im Vorfeld der CSW69 von Cai Yiping – Mitglied der internationalen Süd-Frauenbewegung DAWN – verfasst, behandelt vier Themen:

1. Von der Globalisierung zur De-globalisierung und die Herausforderungen des Multilateralismus
2. Transformation des Gender-Konzept und der Normen – Fortschritt und Rückschritt
3. Technologischer Fortschritt – von beschleunigter Ungleichheit und Monopolisierung zu feministischer digitaler Gerechtigkeit
4. Überdenken der Machtdynamik von Staat, Markt, Zivilgesellschaft und der Erneuerung des Sozialvertrages

Ad 1) Die vierte Weltfrauenkonferenz in Peking wurde nach dem Kalten Krieg abgehalten und es gab die Hoffnung, dass durch die Globalisierung und verstärkte internationale Zusammenarbeit Krisen gelöst werden können. Jedoch vergrößerten sich in den vergangenen 30 Jahren die Krisen: zur ökologischen Krise kam die Verbreitung von Kernwaffen, Kriegen und Menschenrechtsverletzungen. Zurzeit wird eine Deglobalisierung mit einem Zuwachs an Populismus beobachtet. Multilaterale Gouvernanz funktioniert schlecht und internationale Solidarität wird schwächer. Zudem führen die wachsenden Militärausgaben zu geringeren Ausgaben für Soziales und Entwicklungszusammenarbeit. Vor diesem Kontext stellt sich die Frage, ob die gängigen Advocacy-Strategien für Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung noch wirksam und relevant sind.

Studien haben gezeigt, dass die Kombination von transnationaler feministischer Bewegung mit lokalem Aktivismus eine sehr wichtige Strategie ist. Bleibt diese Strategie wirksam, wenn es global so schwierig wurde, Konsensus in so vielen Politikfeldern herzustellen?

Ad 2) In den vergangenen 30 Jahren wurden patriarchale Genderkonzepte und Normen

verändert. Häusliche Gewalt und sexuelle Belästigung sind inzwischen als Menschenrechtsverletzung anerkannt. Der Sorgearbeit wird vermehrt als sozialer und ökonomischer Wert betont (SDG 5.4).

Aber Kampagnen gegen die sogenannte „Genderideologie“ und auch der Angriff auf das Recht auf Abtreibung schwächen die Aufrufe zu Geschlechtergleichheit. Man sieht überall eine Geschlechterkluft („gender divide“) – junge Männer sind eher rechts, junge Frauen wählen links. Mehr Forschung soll diese Unterschiede analysieren.

Jedenfalls hat das Versprechen des Neoliberalismus, mehr Chancen zu bringen, versagt und zu Autoritarismus, Illiberalismus, Abbau der Demokratie, verlangsamtes Wirtschaftswachstum, beschädigter Umwelt und Angriffe auf Minderheiten geführt (Stiglitz 2024).

Ad 3) Die rapide Entwicklung von ICT, KI und Algorithmen beschädigen Frauenrechte und vergrößern internationale Ungleichheiten. Dem soll mit der Aufforderung zu digitaler Gerechtigkeit („digital justice“) entgegengewirkt werden, wie es in einem [DAWN-Manifest](#) nachzulesen ist.

Ad 4) Autoritäre Regierungen greifen Frauenrechte, die vom Staat garantiert wurden und etwa in Marktmechanismen eingriffen (z.B. Lohngleichheit) und von einer feministisch orientierten Zivilgesellschaft erfolgreich gefordert wurden, vermehrt an.

Deshalb stellt sich die Frage, ob die transnationale Frauenbewegung fähig ist, Frauenfeindlichkeit, Patriarchat, Militarisierung, Nationalismus, Imperialismus, Kolonialismus und den neo-liberalen Kapitalismus zu entgiften („detoxify“), um die Peking-Agenda weiterzubringen.

Dazu wären 1) neue feministische Analysen, 2) Institutionalisierung von Gesetzen und deren Umsetzung, und eine 3) Stärkung des Dialogs zwischen den Generationen und Mobilisierung der Jugend nötig.

Bemerkung der Autorin: Angesichts der horrenden Herausforderung durch die multiplen Bedrohungen bleiben die genannten Lösungsvorschläge ziemlich mager. [BH]

Cai Yiping/DAWN (Oktober 2024): [Beijing +30: Vitalizing Women's Rights and the Gender Equality Agenda amid Transitions. Expert Paper](#)

Stiglitz, Joseph (7.8.2024): [How Neoliberalism Failed, and What a Better Society Could Look Like](#)

Peking+30: Blick auf Österreich, China, Albanien, Afghanistan

Österreich: Review-Bericht Peking+30

Verfasst wurde der Österreich-Bericht auf Grundlage eines koordinierten Prozesses der Bundes- und Landesverwaltung unter Einbeziehung von Stakeholdern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Sozialpartnerschaft.

Dieser 6. Bericht zur Umsetzung der Pekinger Deklaration und Aktionsplattform umfasst die Jahre 2019 bis 2023 sowie das erste Quartal 2024. Eine Zeitschiene gibt einen guten Überblick, was in diesem Zeitraum in Österreich in punkto Gleichstellung passiert ist (S. 6).

Der Bericht ist in sechs Abschnitte eingeteilt. Im zweiten Abschnitt wird auf Prioritäten, Erfolge, Herausforderungen und Rückschläge eingegangen. Der umfangreichste dritte Abschnitt, der sich an den von der UN vorgegebenen Fragen orientiert, referiert in sechs Clustern auf die 12 Hauptproblembereiche der Pekinger Aktionsplattform (Armut, Bildung, Gesundheit, Gewalt, bewaffnete Konflikte, Wirtschaft, Macht- und Entscheidungspositionen, Institutionen, Menschenrechte, Medien, Mädchen).

Hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit wird herausgehoben, dass Österreich die Unterstützung der Umsetzung der Resolution 1325 (Women, Peace and Security) fortsetzt (S. 109), das UN Women Projekt „Women’s Economic Empowerment in the South Caucasus“ unterstützt (S. 18) und die Beteiligung und den Einfluss von Frauen und Mädchen in Entscheidungsprozessen bei Umwelt- und Klimafragen stärkt (S. 121).

Die „Schlussfolgerungen und nächste Schritte“ finden in dem 164-seitigen Dokument (inkl. Anhang), das auf Deutsch und Englisch vorliegt, im letzten Abschnitt auf einer Seite Platz: Als Schwerpunkte der letzten fünf Jahre werden angegeben:

- Bekämpfung gegen Gewalt an Frauen und Mädchen,
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie und unbezahlte Sorge- und Hausarbeit,
- Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen für Frauen und Mädchen,

- Rechte in der Arbeitswelt und
- Änderung diskriminierender Normen und Stereotype.

Als zukünftige thematische Prioritäten werden darüber hinaus genannt:

- Gesundheitsversorgung,
- die politische Repräsentation und Partizipation sowie
- die digitale und finanzielle Inklusion von Frauen.

Weiters wird Österreich laut Bericht den Austausch zu Frauenrechten und Gleichstellung zu deren wirksamen Umsetzung in bestehenden Gremien und Formaten fortführen. Österreich nimmt sich auch vor, weiterhin regelmäßig ein Monitoring durchzuführen und „auf neue Themen und Herausforderungen zielgerichtet reagieren“ (S. 146).

Eine wesentliche Stakeholder-Konsultation zu diesem Bericht war eine Tagung im März 2024 im Austria-Center in Wien, an der die Autorin teilgenommen hat. Allerdings waren dort nur wenige (individuell geladene) NGOs und ebenso nur wenige Wissenschaftler*innen vertreten. [GEJ]

Bundeskanzleramt (Mai 2024): [Beijing + 30. Status of the Implementation of the Beijing Declaration and Platform for Action: Austrian report](#)

Davor gab es die Umsetzungsberichte Peking+25 und Peking+20, siehe

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/internationale-frauenrechte-und-gleichstellung/pekinger-deklaration-und-aktionsplattform.html>

Auf der UN WOMEN-Homepage sind alle Länderberichte zu Peking+30 abrufbar:

[CSW69 / Beijing+30 preparations](#)

CEDAW-Schattenbericht Österreich

Wer sich speziell für die zivilgesellschaftliche Perspektive der Umsetzung von Frauenrechten in Österreich interessiert, kann sich den aktuellen NGO-CEDAW-Schattenbericht von Dezember 2024 ansehen.

Klagsverband u.a. (4.12.2024): [CEDAW Shadow Report 2024, Austria](#)

Feministisches Engagement in China

Bei einer Veranstaltung von der „Women’s International League for Peace and Freedom“ (WILPF) Österreich gemeinsam mit WIDE und weiteren NGOs berichtete die chinesische Frauenrechtsaktivistin Yuan Feng am 27. September 2024 in Wien von den frauenpolitischen Veränderungen in China seit der letzten Weltfrauenkonferenz, die 1995 in Peking abgehalten worden war, mit der durchaus skeptisch gehaltenen Eingangsfrage: „What (un)changed in China?“

Die damalige UN-Frauenkonferenz, an der eine sehr große Zahl an internationalen Frauen*-rechtsaktivistinnen teilgenommen hatten (siehe oben Bericht von Gundi Dick in der *Frauen*solidarität* Nr. 3/95), war für sie und viele andere allerdings ein Kick und großer Anstoß zu Engagement für Veränderung. Feng Yuan berichtete, dass sie 1995 als Journalistin damit beauftragt gewesen war, für die „All China Women’s Federation“ jeden Tag ein Briefing vom NGO-Forum zu verfassen, wodurch sie sich intensiv mit den von Frauen* aus aller Welt diskutierten Analysen und Forderungen auseinandersetzen konnte.

Sie skizzierte grob die Entwicklung der Frauenbewegung(en) in China: Waren es neben der All-Chinesischen Frauenvereinigung zuvor eher kleine, wenig sichtbare Gruppen von Frauen, die sich trafen und austauschten, so entstanden im Gefolge der Weltfrauenkonferenz ab Mitte der 90er Jahre verstärkt feministische NGOs. Ab 2012 engagierten sich Frauen verstärkt als „Bürger*innenanwält*innen“, insbesondere im Gewaltschutz. Feng Yuan selbst initiierte und leitete ab 2014 einen Frauennotruf in Peking.

Es kam zu Verbesserungen im rechtlichen Bereich. Eine vor kurzem durchgeführte Befragung unter knapp 12.000 Personen zum Thema, ob sich die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Unterstützung von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt in den letzten fünf Jahren verbessert habe, zeigt allerdings ein kritisches Bild. Die Mehrheit der Befragten sah keine Fortschritte im Gewaltschutz. Insbesondere HIV-positive Frauen, LGBTIQ-Personen, Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören, und Frauen mit Behinderungen kommen zu keiner positiven Beurteilung.

Am Gender-Equality Index für China (2016) wird nachvollziehbar, dass die Geschlechterungleichheit in dem großen Land mit seinen 1,4 Mrd. Einwohner*innen sehr ungleich

verteilt ist. Die ländlichen Regionen sind tendenziell von höherer Ungleichheit geprägt als die städtischen.

Feng Yuan ging kritisch auf einige weitere Trends ein, wie die Repräsentation von Frauen in den Medien und die verstärkte Militarisierung.

Abschließend zeigte sie Widersprüche auf – Trends, die sich in die eine oder andere Richtung entwickeln können: Es gibt einerseits Initiativen für verbesserte Frauen*rechte; dem steht die Gefahr der Zerschlagung von Initiativen und strengerer Überwachung entgegen.

Es gibt einzelne Projekte und Programme, die als „good practices“ gelten können; zugleich bestehen aber systematische Gender-Blindheit, Stereotypen und Widerstand gegen Veränderung fort. Frauen*rechtsaktivistinnen sind einerseits in der Lage, Paradigmen und althergebrachte Gewohnheiten zu verändern; allerdings seien sie für breite Bevölkerungsschichten wenig sichtbar, wenig akzeptiert, und Feminismus werde dämonisiert.

Ein weiterer Widerspruch sei ein Boomerang-Effekt in Bezug auf internationale Verpflichtungen wie CEDAW oder die Aktionsplattform von Peking aufgrund von (Diskursen um) ausländische(r) Macht und Einmischung. [CT]

Mehr zur Person von Feng Yuan siehe [Veranstaltungseinladung](#)

Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte in Albanien

Albanien, ein Land in Südosteuropa, hat in den letzten Jahrzehnten eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Von einem der ärmsten Länder Europas hat es sich zu einer Volkswirtschaft mit mittlerem Einkommen entwickelt. Die albanische Wirtschaft wächst kontinuierlich, angetrieben durch Sektoren wie Tourismus, Textilproduktion, Landwirtschaft und Dienstleistungen. Insbesondere die Nähe zu EU-Ländern und Reformen zur Verbesserung des Geschäftsklimas haben ausländische Investitionen angezogen.

Allerdings gibt es weiterhin strukturelle Schwächen wie die hohe Abwanderung, die dazu führt, dass, viele qualifizierte Arbeitskräfte verlassen das Land auf der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen.

Korruption und Schattenwirtschaft beeinträchtigen den fairen Wettbewerb und die wirtschaftliche Entwicklung.

Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sind groß: Während Tirana ein wirtschaftliches Zentrum mit guten Arbeitsmöglichkeiten ist, leiden ländliche Regionen unter Armut und fehlenden Investitionen.

Albanien hat in den letzten Jahren bedeutende gesetzliche Fortschritte erzielt, um die Rechte von Frauen zu stärken.

Es gibt klare gesetzliche Regelungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt, jedoch bleibt die Umsetzung in der Praxis problematisch. Ein Gleichstellungsgesetz verpflichtet öffentliche Institutionen und Unternehmen, Geschlechterparität zu fördern. Im Rahmen des Arbeitsrechts haben Frauen das Recht auf gleiche Bezahlung und Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz, doch existieren weiterhin Unterschiede in der Praxis.

Trotz rechtlicher Fortschritte sind Frauen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungspositionen weiterhin unterrepräsentiert. Der Frauenanteil im Parlament liegt bei etwa 30 %, doch auf lokaler Ebene ist die Vertretung geringer. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer und sind häufiger in informellen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen. Traditionelle Vorstellungen über die Rolle der Frau in der Gesellschaft sind weiterhin verbreitet vor allem im Norden des Landes, wo vor allem Frauen von Armut betroffen sind, was Karrierechancen beeinflusst.

Albanien hat in den letzten Jahren soziale Reformen eingeleitet, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit. Die Einschulungsrate ist hoch, doch gibt es Herausforderungen bei der Qualität der Ausbildung und der Anpassung an den Arbeitsmarkt. Die medizinische Versorgung wurde verbessert, bleibt aber in ländlichen Regionen begrenzt.

Ein weiteres gesellschaftliches Problem ist die Diskriminierung von Minderheiten, darunter Roma und LGBTQ+-Personen. Während es rechtliche Fortschritte gibt, besteht in der gesellschaftlichen Akzeptanz weiterhin Nachholbedarf.

Gewalt gegen Frauen bleibt ein großes Problem in Albanien. Viele Frauen sind von häuslicher Gewalt betroffen, und die Dunkelziffer ist hoch.

- Fehlende Schutzmaßnahmen: Obwohl es Frauenhäuser gibt, sind diese oft unterfinanziert.
- Gesellschaftliche Stigmatisierung: Opfer von Gewalt haben oft Angst, Übergriffe zu melden, da sie soziale Ächtung befürchten.

Mehrere internationale Organisationen und lokale NGOs arbeiten daran, die Geschlechtergerechtigkeit in Albanien zu fördern:

- UN Women & Caritas Albania unterstützt Programme zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen und zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt.
- Die EU und verschiedene bilaterale Geber finanzieren Programme zur Förderung von Frauen in Politik und Wirtschaft.
- Das „Gender Equality Programme“ (GEP) berät die albanische Regierung bei der Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen.
- AWEN („Albanian Women Empowerment Network“) ist ein Zusammenschluss von Frauenrechtsorganisationen, die sich für den Schutz und die Förderung von Frauenrechten einsetzen.

Fazit: Albanien hat in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht und befindet sich auf einem positiven Entwicklungspfad in Richtung EU-Integration. Wirtschaftliche Modernisierung, soziale Reformen und politische Stabilität sind wichtige Meilensteine. Trotz dieser Erfolge gibt es weiterhin erhebliche Herausforderungen: Korruption, soziale Ungleichheiten und geschlechtsspezifische Diskriminierung. Insbesondere in der Geschlechterpolitik gibt es Handlungsbedarf, um Frauenrechte zu stärken, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen und die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen zu verbessern. [MIO]

Council of Europe (2020): [Report on Albania – European Commission against Racism and Intolerance \(ECRI\)](#)

European Commission (2022): [Albania 2022 Report](#)

ERA – LGBTI Equal Rights Association for the Western Balkans and Turkey (2021): [Albania Country Report](#)

International Labour Organization (ILO) (2021): [Albania: Decent Work Country Programme](#)

International Organization for Migration (IOM) (2019): [Albania Migration Profile](#)

OSCE Presence in Albania (2021): [Women in Governance and Politics](#)

UNDP Albania (2020): [Gender Equality Programme in Albania](#)

UNDP (2021): [Gender Wage Gap in Albania](#)

UN Women (2022): [Ending Violence Against Women in Albania](#)

World Bank (2023): [Albania Overview](#)

Afghanistan: Gender-Apartheid

Afghanistan ist eines jener Länder, die keinen Bericht über die Fortschritte im Bereich der Frauenrechte im Rahmen des Beijing+30-Überprüfungsprozesses abgegeben haben. Kein Wunder, werden doch seit der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 die Rechte afghanischer Frauen und Mädchen immer noch mehr reduziert. Mehr als 100 Erlasse schränken ihre Mobilität, ihre Teilnahme an öffentlichen Versammlungen, ihren Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Berufsbildung, Arbeit sowie Sport und Freizeitaktivitäten massiv ein, so die Expertin für internationale Entwicklung Nazila Jamshidi in einem Artikel für das VIDC-Magazin „Spotlight“ im September 2024.

Die Exekutivdirektorin von UN WOMEN, Sima Bahous, hatte 2023 einen zwischenstaatlichen Prozess gefordert, „um die geschlechtsspezifische Apartheid ausdrücklich im internationalen Recht zu kodifizieren“. In der Folge wurde eine Kampagne zur Klassifizierung von „Gender-Apartheid“ als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestartet, was derzeit von der UN-Generalversammlung geprüft wird. Apartheid unterscheidet sich von anderen internationalen Verbrechen insofern, als sie innerhalb eines institutionalisierten Regimes systematischer Unterdrückung und Beherrschung stattfindet und mit der spezifischen Absicht begangen wird, dieses Regime aufrechtzuerhalten.

Im September 2024 verurteilte die Mehrheit im UN-Sicherheitsrat das sogenannte „Tugendgesetz“ der Taliban-Regierung, da es „bereits inakzeptable Einschränkungen der Menschenrechte“ verschärft.

Das VIDC veröffentlicht immer wieder Beiträge zu den Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan. Eine lesenswerte Serie ist „Life under the Taliban“, in der Afghan*innen zu Wort kommen, die die Situation aus der Nähe beschreiben, während sie versuchen, an den Widrigkeiten nicht zu verzweifeln. Letzter Bericht #11 dieser Serie ist der anonymisierte Bericht eines jungen afghanischen

Sozialforschers unter dem Titel "Gefangen genommene Träume". [CT]

Jamshidi, Nazila (24.9.2024): [Afghan Women's Campaign to Recognize Gender Apartheid as a Crime Against Humanity](#)

VIDC (o.J.): [Imprisoned Dreams: Afghanistan's Battle Under Taliban Rule #11: Life under the Taliban](#)

Peking+30: Gender und digitale Medien

Einfluss der Medien auf Geschlechternormen

Eines der Themen, mit dem sich frauenpolitisch Engagierte im Vorfeld der UN-Frauenstatuskommission (CSW) auseinandergesetzt haben, ist der Einfluss der Medien auf Geschlechternormen.

Das Thema ist hochrelevant, besonders angesichts der aktuellen Entwicklungen, wo Plattformen wie Facebook und Twitter die Moderation von Hass im Netz reduziert haben.

Seit der Pekinger Erklärung, die die Gleichberechtigung und die Rolle der Medien bei der Gestaltung gesellschaftlicher Einstellungen betonte, untergräbt die unkontrollierte Verbreitung schädlicher Inhalte online diese Ziele. Hasspostings verstärken oft Stereotype, normalisieren Frauenfeindlichkeit und schaffen feindliche Umgebungen, die Frauen und marginalisierte Gruppen unverhältnismäßig stark treffen.

Dieses Thema hat nach Trumps Wiederwahl 2024 und seiner Amtseinführung 2025 erneut an Bedeutung gewonnen, begleitet von einer Rückkehr polarisierter „Alt-Right“-Gruppen auf sozialen Medien. Diese Gruppen nutzen Plattformen, um Frauen und LGBTIQ-Personen mit Belästigungskampagnen, Desinformation und hasserfüllter Rhetorik anzugreifen. Die Deregulierung solcher Plattformen verstärkt nicht nur rückschrittliche Narrative, sondern bedroht auch die Fortschritte, die bei der Bekämpfung von Geschlechternormen weltweit erzielt wurden.

Die Rolle der Medien bei der Gestaltung von Geschlechternormen ist tiefgreifend und widersprüchlich. Sie dienen als mächtige Plattform zur Beeinflussung von Wahrnehmungen und perpetuieren systemische Vorurteile, die die Gleichstellung der Geschlechter behindern.

Erkenntnisse aus der UNECE B+30-Konsultation und verwandten Analysen zeigen ein komplexes Zusammenspiel zwischen strukturellen Herausforderungen, digitaler Entwicklung und kulturellen Einflüssen, das beeinflusst, wie Geschlechter dargestellt und wahrgenommen werden.

Die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen in den Medien verstärkt die Geschlechterungleichheit. Trotz nahezu gleicher Verteilung in Journalismus-Studiengängen dominieren Männer Führungs- und Content-Erstellungs-Rollen, wodurch Perspektiven von Frauen marginalisiert werden. Medien stellen Frauen häufig in stereotypen Fürsorge-Rollen dar und vernachlässigen ihre Beiträge in Führungspositionen, Technologie und anderen nicht-traditionellen Bereichen.

Strukturelle Vorurteile innerhalb von Medienunternehmen verschärfen diese Herausforderungen, da Einstellungsverfahren, Arbeitsumgebungen und Content-Entwicklungsprozesse oft nicht geschlechtersensibel gestaltet sind.

Mediennarrative über geschlechtsspezifische Gewalt (Gender-Based Violence, GBV) perpetuieren häufig schädliche Stereotype. An Sensation orientierte Schlagzeilen stellen solche Gewalt als private Tragödien dar, anstatt sie als systemische gesellschaftliche Probleme zu kennzeichnen, was Opferbeschuldigung und das Schweigen von Überlebenden begünstigt. In konservativen Gesellschaften legen Mediendarstellungen den Schwerpunkt auf Familienehre statt auf individuelles Wohlbefinden, was Frauen davon abhält, Missbrauch zu melden. Diese Darstellungen beleuchten nicht die Ursachen von GBV und behindern damit die Bemühungen, sie zu bekämpfen.

Der Aufstieg digitaler Plattformen bietet beispiellose Möglichkeiten für die Sichtbarkeit und Stärkung von Frauen, setzt sie aber auch neuen Risiken aus.

Frauen in öffentlichen Rollen wie Journalistinnen und Politikerinnen sind Online-Belästigung, Doxing und Cybermobbing ausgesetzt. Deepfake-Technologie verstärkt diese Gewalt, indem sie nicht einvernehmliche Ausbeutung und Rufschädigung ermöglicht. Außerdem spiegeln und verstärken Algorithmen in digitalen Medien aufgrund fehlerhafter Trainingsdaten oft geschlechtsspezifische Vorurteile, was diskriminierende Praktiken verschärft.

Medien verstärken weiterhin oftmals kulturelle Normen, die toxische Männlichkeit und starre Geschlechterrollen aufrechterhalten. Männer werden etwa als unverwundbar und dominant, Frauen hingegen als unterwürfig und duldsam dargestellt. Solche Darstellungen marginalisieren männliche Opfer von Gewalt und schaffen unrealistische Erwartungen für alle Geschlechter. Der Mangel an differenzierten Erzählungen untergräbt die Bemühungen, diese Stereotype in Frage zu stellen und zu beseitigen und perpetuiert gesellschaftliche Stagnation.

Um diese systemischen Probleme anzugehen, sind koordinierte Anstrengungen von Regierungen, Medienorganisationen und der Zivilgesellschaft erforderlich.

Auf der UNECE-Vorkonferenz wurden eine Reihe von Maßnahmen empfohlen, wie Medienrichtlinien zum Abbau von Stereotypen, besserer Schutz vor Online-Gewalt, Förderung der Führungsrolle von Frauen und Investitionen zur Stärkung der digitalen Kompetenzen von Frauen. [OUR]

NGO CSW Geneva (o.J.): [Beijing +30](#)

NGO CSW Geneva (2024): [Violence against Women Resource Documents](#)

NGO CSW Geneva (2024): [UNECE Beijing+30 Civil Society Consultation](#)

Vertiefung des digitalen Geschlechter-Gap während der Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat die Digitalisierung weltweit beschleunigt und Bildung, Finanzdienstleistungen sowie viele weitere essenzielle Bereiche ins Internet verlagert.

Während dieser digitale Wandel für viele eine Erleichterung darstellte, hat er bestehende Ungleichheiten verschärft – insbesondere die digitale Geschlechterlücke. Frauen und Mädchen, die keinen Zugang zu digitalen Ressourcen haben, wurden weiter abgehängt. Dies hat nicht nur negative Auswirkungen auf ihre individuellen Entwicklungsmöglichkeiten, sondern stellt auch eine ernsthafte Herausforderung für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in den Bereichen Bildung und Geschlechtergerechtigkeit dar.

Weltweit haben Frauen durchschnittlich 17% weniger Zugang zum Internet als Männer, wobei die Lücke in einkommensschwachen Ländern noch größer ist. Während der Pandemie hatten Männer aufgrund ihres

besseren Zugangs zu digitalen Informationen und Dienstleistungen einen klaren Vorteil, während Frauen vermehrt von Bildung, wirtschaftlichen Möglichkeiten und Gesundheitsinformationen ausgeschlossen wurden.

In Nigeria etwa ist die digitale Geschlechterlücke besonders ausgeprägt. Nur 45% der Frauen haben Zugang zum Internet, wobei die Situation im Norden des Landes noch problematischer ist. In Bundesstaaten wie Sokoto und Kebbi sind 60% der Frauen digital ausgeschlossen. Ursachen dafür sind unter anderem hohe Kosten für Internetnutzung, fehlende Infrastruktur sowie soziale Normen, die Frauen den Zugang zu digitalen Technologien erschweren. In vielen Fällen müssen Frauen um Erlaubnis bitten, bevor sie ein Mobiltelefon nutzen dürfen, oder sie besitzen erst gar keines.

Die Folgen sind gravierend: Während der Pandemie konnten viele Mädchen ihre Bildung nicht fortsetzen, da Schulen auf Online-Unterricht umstellten. Zudem hatten Frauen ohne digitalen Zugang schlechtere wirtschaftliche Perspektiven, da sie nicht an Online-Handel oder digitaler Weiterbildung teilnehmen konnten.

In Kenia zeigt sich die digitale Kluft ebenfalls deutlich. Obwohl der IKT-Sektor 18,44 % zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes beiträgt, bleibt der Anteil von Frauen in der Technologiebranche gering. Während der Pandemie litten viele Unternehmerinnen darunter, dass Kundenkontakte und Geschäftsmöglichkeiten zunehmend ins Digitale verlagert wurden.

Ein Beispiel ist die Friseurbranche: Viele Friseurinnen verloren Kundinnen, da Buchungen und Zahlungen zunehmend über Online-Plattformen abgewickelt wurden. Initiativen wie die „Braiding Nairobi“-App versuchen, Frauen in der Branche durch digitale Vernetzung zu unterstützen, doch fehlende digitale Bildung und eingeschränkter Internetzugang stellen weiterhin Hürden dar.

Die digitale Geschlechterlücke hat massive wirtschaftliche Folgen für Frauen:

- Geringere Karrieremöglichkeiten: Frauen ohne digitale Kompetenzen haben weniger Chancen, in gut bezahlten Berufen Fuß zu fassen, insbesondere in technologiegetriebenen Branchen.

- Weniger Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten: Viele weibliche Unternehmerinnen sind auf digitale Plattformen angewiesen, um Investoren zu erreichen oder Mikrofinanzierungen zu beantragen. Ohne Internetzugang bleiben ihnen diese Möglichkeiten verwehrt.
- Eingeschränkte Netzwerkmöglichkeiten: Digitale Plattformen ermöglichen Frauen, sich global zu vernetzen und an Mentoring-Programmen oder Weiterbildungen teilzunehmen. Frauen ohne digitalen Zugang sind in ihrer beruflichen Entwicklung eingeschränkt.

Das Problem der digitalen Geschlechterungleichheit ist nicht auf Afrika beschränkt.

Auch in Südasien zeigt sich, dass Frauen während der Pandemie seltener am Online-Unterricht teilnehmen konnten als Männer – insbesondere in ländlichen Regionen.

Um die digitale Geschlechtergerechtigkeit zu fördern, sind gezielte Maßnahmen erforderlich:

- Investitionen in digitale Infrastruktur: Günstigeres Internet und der Ausbau von Netzwerken in ländlichen Gebieten sind essenziell.
- Förderung digitaler Kompetenzen: Frauen und Mädchen müssen gezielt in digitalen Fähigkeiten geschult werden, um gleiche berufliche Chancen zu haben.
- Überwindung sozialer Barrieren: Gesellschaftliche Normen, die Frauen vom digitalen Zugang ausschließen, müssen aufgebrochen werden.

Fazit: Die Pandemie hat verdeutlicht, dass digitale Teilhabe ein Menschenrecht ist und essenziell für Bildung, wirtschaftliche Unabhängigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. [MIO]

UN Women (2021): [Women's Rights in Review 25 years after Beijing](#)

GSMA (2021): [The Mobile Gender Gap Report](#)

London School of Economics (LSE) Blog (2020): [Nigeria's digital gender gap: The case of women in the north](#)

Communications Authority of Kenya (2021): [ICT Sector Statistics Report](#)

Reuters (2021): [Kenya's digital shift leaves female entrepreneurs behind](#)

World Bank (2020): [Bridging the Gender Digital Divide](#)

Berichte zu sexuellen und reproduktiven Rechten

Schwangerschaftsabbruch: Report zu Gesetzgebungen

Der Bericht „Abortion Rights are Advancing Across the Globe“ des *Center for Reproductive Rights* analysiert die weltweite Entwicklung der Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch in den letzten 30 Jahren.

Es wird festgestellt, dass seit 1994 mehr als 60 Länder ihre Schwangerschaftsabbruchsgesetze liberalisiert haben, die meisten davon in Afrika (24).

Dabei teilt die in New York ansässige Rechtsvertretungsorganisation die Länder in Kategorien mit unterschiedlich restriktiver Gesetzgebung ein.

In 77 Ländern (in denen 35% aller Frauen im reproduktiven Alter leben) ist der Schwangerschaftsabbruch auf Anfrage bis zu einem gewissen Zeitpunkt der Schwangerschaft gestattet (meist 12 Wochen, wobei in bestimmten Fällen auch ein späterer Abbruch möglich ist).

In 12 Ländern (für 25% der Frauen) ist der Schwangerschaftsabbruch vor allem aufgrund sozioökonomischer Faktoren wie Alter, wirtschaftlicher Status oder Familienstand erlaubt.

47 Länder (12% der Frauen) erlauben einen Schwangerschaftsabbruch, um die Gesundheit der Schwangeren zu schützen, wobei einige Länder sowohl die körperliche als auch die psychische Gesundheit berücksichtigen.

In 44 Ländern (22% der Frauen) ist ein Schwangerschaftsabbruch nur dann erlaubt, wenn das Leben der schwangeren Person in Gefahr ist.

In 21 Ländern (6% der Frauen) sind Schwangerschaftsabbrüche unter allen Umständen verboten.

Rückschritte in der Gesetzgebung gab es seit 1994 in Ländern wie den USA, El Salvador, Nicaragua und Polen.

Derzeit leben 60% der Frauen im reproduktiven Alter in Ländern, in denen Schwangerschaftsabbrüche weitgehend legal sind, während 40% in Ländern mit restriktiven Schwangerschaftsabbruchsgesetzen leben.

Nach Angaben der WHO sterben jährlich 39.000 Frauen an den Folgen eines unsicheren Schwangerschaftsabbruchs. Der Bericht betont, dass die Liberalisierung der Schwangerschaftsabbruchsgesetze ein wichtiger erster Schritt ist, um den Zugang zu sicheren und legalen Abbrüchen zu gewährleisten. [AK]

Center for Reproductive Rights (2023): [Abortion Rights Are Advancing Across the Globe](#)

Hier findet sich eine interaktive Karte zum Bericht: <https://reproductiverights.org/maps/worlds-abortion-laws/>

Sexuelle und reproduktive Rechte – wer hat die Begriffshoheit?

Der Bericht "Globales Ringen um sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte" der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) analysiert die aktuellen globalen Entwicklungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR). Er stellt fest, dass in vielen Ländern restriktivere Gesetze zu Schwangerschaftsabbrüchen die SRGR schwächen. Diese nationalen Tendenzen spiegeln sich in internationalen Diskussionen wider und beeinflussen das Verständnis von SRGR und damit auch menschenrechtliche Standards und den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen.

Das 1994 in Kairo verabschiedete Aktionsprogramm der „International Conference on Population and Development“ definiert SRGR als umfassendes körperliches und seelisches Wohlbefinden in allen Bereichen der Sexualität, Reproduktion und Geschlechtsidentität. Die 1995 verabschiedete Pekinger Deklaration und Aktionsplattform fordert die Staaten auf, ihre Gesetze zu überprüfen, um illegale Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe zu stellen.

Trotz dieser internationalen Anerkennung versuchen konservative, fundamentalistische und autoritäre Kräfte auf internationaler Ebene, den Begriff SRGR durch sogenanntes „Norm-Spoiling“ inhaltlich umzudeuten und auf die Gesundheitsversorgung von Schwangeren, Müttern und Neugeborenen zu reduzieren.

Fragen des Zugangs zu Verhütungsmitteln, des sicheren Schwangerschaftsabbruchs und des Schutzes vor Diskriminierung werden dabei ausgeklammert.

Inhalt und Umfang der SRGR werden dadurch stark eingeschränkt, um zu verhindern, dass der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen als Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung betrachtet wird.

Der Bericht betont die Notwendigkeit, dass sich andere Staaten aktiver für ein umfassendes Verständnis von SRGR einsetzen, indem sie eine klare Sprache verwenden und die Diskursstärke nicht den „Norm-Spoilern“ überlassen, um die erreichten Fortschritte zu sichern und weiteren Einschränkungen entgegenzuwirken. [AK]

Schwebel, Franziska u.a.: (November 2024): [Globales Ringen um sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte](#)

Gender & Entwicklungsfinanzierung

AWID-Forum: Kritische feministische Stimmen des Globalen Südens

Nadja Schuster (VIDC) hat am AWID-Forum 2024 in Bangkok teilgenommen. Hier ihr Bericht:

Die AWID („Association of Women’s Rights in Development“) Foren zählen zu den größten feministischen Events von Grassroot Aktivist*innen und Gelehrten, mehrheitlich aus dem Globalen Süden. Von 2. - 5. Dezember haben sich 2.500 Menschen in einem modernen, barrierefreien Kongresszentrum in Bangkok und zusätzliche 1.500 virtuell versammelt.

Es ist das zweite AWID-Forum, an dem ich teilnehmen durfte und es war wie 2016 in Brasilien eine bereichernde, horizont-erweiternde Erfahrung — wärmstens zu empfehlen für die Vernetzung und als Weiterbildung. Als weiße, mitteleuropäische cis-Frau zur Abwechslung in der Minderheit inmitten eines großen Zusammentreffens von People of Colour, queeren und trans*Personen zu sein, hat mich durch unterschiedliche, nicht privilegierte Brillen schauen lassen.

AWID hat seit einigen Jahren den Fokus auf Marginalisierte aus einer intersektionalen, feministischen Perspektive gelegt. Dazu zählen neben Menschen in Konflikt- und Krisengebieten, Geflüchtete, Verfolgte, Menschen mit Behinderungen, LGBTIQ+, Indigene, Sexarbeiter*innen, usw.

In einem Panel mit dem Titel “What does a feminist like you do in a place like this? Crisis of the UN Human Rights System” ist man mit den Vereinten Nationen hart ins Gericht gegangen. Marginalisierte fühlen sich nicht repräsentiert und hätten nicht die Kapazitäten, die hohen administrativen Anforderungen zu erfüllen. Stundenlange Debatten um eine Satzformulierung wurden kritisiert und dass viele Resolutionen, die die Realität widerspiegeln, nicht angenommen würden. Die größte Frustration wurde gegenüber dem UN-Sicherheitsrat geäußert, weil er keinen der aktuell stattfindenden Genozide verhindern könne. Die Stimmen aus Gaza, Sudan und Myanmar waren hier die lautesten!

Von Frauenrechtsverteidigerinnen* aus Palästina, Syrien, Iran, Ägypten, der sogenannten SWANA Region (South West Asia and North Africa), kam heftige Kritik an „Feministischer Außenpolitik“.

Palästinenserin Yasmeen Daher: *“Feminist Foreign Policy is used as a progressive badge benefitting the interests of countries in the Global North. Critique is even more urgent when applied. It actually risks reinforcing existing power structures. Germany’s FFP is hypocritical. Germany finances 85% of UN OCHA and is at the same time the largest arms supplier.”*

Auf die Publikumsfrage, wie der Westen seine Solidarität mit Gaza und Sudan zeigen könne, antworteten die Feminist*innen, dass Waffenverträge und Waffentransporte sofort gestoppt werden sollten. Einem Waffenschiff solle nicht die Durchfahrt durchs Mittelmeer erlaubt werden.

Das Panel endete unisono mit der Forderung: *“A consistent and human rights-based approach for FFP is needed.”* [SCH]

Ein längerer Bericht zum AWID Forum erscheint im VIDC Online-Magazin „Spotlight“ am 26. März 2025: <https://www.vidc.org/service/online-magazin/spotlight>

Gender in der internationalen Zusammenarbeit in Zahlen

Der jüngste Bericht des OECD-Komitees für Entwicklungszusammenarbeit (DAC) von Ende 2024 zeigt, dass es nach einem Jahrzehnt verstärkter Bemühungen um Integration von Geschlechtergleichstellung in die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ab 2021/22 inter-

national zu einer Verringerung des Anteils an bilateralen Programmen und Projekten kam, in denen Gendergleichstellung als hauptsächliches oder sekundäres Ziel integriert war.

Waren Gender-Ziele bei 45% aller erfassten Projekte und Programme in den Jahren 2019-20 integriert, so ging dieser Anteil (im Durchschnitt der zwei Jahre) 2021-22 auf 42% zurück. Erfasst sind dabei die bilateralen, einem Sektor (wie Bildung, Gesundheit, ökonomische Infrastruktur, humanitäre Hilfe u.a.) zuordenbare Mittelflüsse.

Die Mittel selbst gingen dabei nicht zurück, sondern sind im Gegenteil von knapp 55 auf etwas über 60 Mrd. US\$ gestiegen. Dieser Anstieg ging einher mit einem allgemeinen Anstieg der EZA-Mittel, wobei das Gros der zusätzlichen Mittel der humanitären Unterstützung der Ukraine zugutekam. Zugleich wird konstatiert, dass die Mittelflüsse an die Ukraine nur zu einem geringen Anteil (mit weniger als 10%) geschlechtsspezifische Bedürfnisse bzw. Gleichstellungsziele berücksichtigen.

Die jüngsten politischen Veränderungen in den USA und Europa mit rechtsextremen Parteien, die den Aufstieg in die Regierung(en) schaffen, sind in dieser Publikation naturgemäß noch nicht abgebildet.

Es ist aber klar, dass es massive Folgen hat, wenn etwa die Niederlande, die gemeinsam mit Spanien bisher Vorreiter*innen im Bereich „Gender in der EZA“ waren (mit 28% bzw. 20% Anteil *spezifisch* auf Gleichstellung orientierter EZA; bei einem Durchschnitt aller DAC-Staaten von 4%), eine totale Kehrtwende einleiten. Wie der ORF im Februar berichtete, sollen in den Niederlanden ab 2027 2,4 Mrd. Euro an EZA pro Jahr gestrichen werden, etwa ein Drittel der heutigen Mittel. Projekte für Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung sollen nicht mehr finanziert werden. Es sei eine der größten Sparmaßnahmen der rechten Regierung, der auch erstmals als stärkste Kraft die „Partei für die Freiheit“ des Rechtspopulisten Geert Wilders angehört, welcher die Ministerin für Außenhandel und Entwicklungshilfe stellt.

Noch dramatischer ist die extrem rechte und rechtsstaatlich äußerst fragwürdige Politik von Donald Trump in den USA, der USAID gleich ganz abschafft. 2021/22 standen die USA noch an vierter Stelle im OECD-Ranking (nach den EU-Institutionen, Deutschland und Japan), was das absolute Volumen an gender-relevanter EZA (als integriertem oder vorrangigem Ziel)

betrifft, mit 6 Mrd. EUR pro Jahr; in Bezug auf das Gesamtvolumen lagen die USA (dazu gibt es Zahlen aus 2023) mit rund 65 Mrd. US\$ allen andern „Gebern“ weit voraus – wobei dieser Betrag trotzdem nur 0,24% ihres Bruttonationalprodukts ausmacht. Zu den drastischen Folgen der Schließung von USAID siehe Beiträge oben. [CT]

OECD (November 2024): [Development Finance for Gender Equality 2024](#)

ORF (20.2.2025): [Niederlande kürzen Entwicklungshilfe drastisch](#)

OECD (o.J.): [ODA in 2023, by members of the Development Assistance Committee](#)

UN WOMEN fordert Genderfokus in der Entwicklungsfinanzierung

Im Vorfeld der vierten internationalen Entwicklungsfinanzierungskonferenz, die vom 30.6. bis 3.7.2025 in Sevilla stattfinden wird, hat UN WOMEN ein 24-seitiges „Resource Paper“ herausgebracht, in dem herausgearbeitet wird, was für das ökonomische Empowerment von Frauen* besonders wichtig ist und entsprechend der Finanzierung bedarf.

Die Empfehlungen zu Entwicklungszusammenarbeit fokussieren auf den Zugang zu Care-Leistungen hoher Qualität, Infrastruktur (wie Transport, Wohnen, Elektrizität, Wasser und Sanitär-Infrastruktur), weiters auf den Zugang zu angemessener Ernährung sowie auf die Integration von Genderperspektiven in alle Bereiche des Klimaschutzes und von Klimaanpassungsmaßnahmen.

Für die Frauen*bewegung wichtige Themen wie Gewaltschutz und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte werden eher nur gestreift und kurz unter „Emerging Issues“ (neue Themen) angesprochen.

Über Kapitel entsprechend der Konferenzthemen hinaus (dazu zählen „nationale Mittelaufbringung“, „Mittel aus der Privat- und Finanzwirtschaft“, „internationale Entwicklungszusammenarbeit“, Handel, Schulden, systemische Fragen, Technologie u.a.) wird in dem Papier auf die „finanzielle Inklusion von Frauen“, Finanzierung der Care-Ökonomie und Finanzierung sozialer Sicherheit eingegangen.

Bezüglich der Finanzierungsinstrumente wird betont, dass öffentlichen Investitionen eine zentrale Rolle zukommt.

Im internationalen Diskurs wird allerdings stark auf Investitionen aus der Privatwirtschaft

gesetzt. Das Interesse an Investitionen mit einer Gender-Perspektive („gender lens“) sei gestiegen: von einem Investitionsvolumen von 7,9 Mrd. US\$ im Juni 2023 auf 16,5 Mrd. US\$ im Juni 2024. Die Republik Island hat als allererstes Land etwa eine „Gender-Anleihe“ herausgebracht. Allerdings machen Investitionen mit einer Gender-Perspektive nur einen Bruchteil der „Assets under Management“ („verwaltetes Kundenvermögen“) aus, das auf rund 100 Billionen US\$ geschätzt wird. [CT]

UN WOMEN (Dezember 2024): [Centering Women's Economic Empowerment in the Fourth International Conference on Financing for Development](#)

UN WOMEN: Soziale Sicherheit

In einem sehr umfassenden Bericht setzt sich UN WOMEN mit dem „Recht auf soziale Sicherheit“ und der Bedeutung von sozialer Sicherheit für die Geschlechtergleichstellung auseinander.

Dieses Thema global aufzuarbeiten ist eine große Herausforderung, weil soziale Sicherheit national organisiert ist, alle Staaten unterschiedliche Systeme haben und verschiedene Bereiche darin enthalten sind. Der Bericht ist sehr übersichtlich aufgebaut, zu allen Kapiteln sind Knackpunkte herausgearbeitet.

Eine Zielvorstellung sind gendergerechte universelle Systeme sozialer Sicherheit.

In den meisten Ländern bieten Sozialsysteme nur begrenzten Schutz; sie privilegieren die Lebens- und Beschäftigungsmuster von Männern und bieten – wenn überhaupt – nur begrenzt Schutz für informell Beschäftigte und unbezahlte Pflegekräfte, unter denen Frauen überrepräsentiert sind. Auf dem Weg hin zu einem universellen Sozialschutz ist die Politik gefordert, stärker jene Gruppen zu berücksichtigen, die ihren Lebensunterhalt außerhalb der formalen Lohnarbeit bestreiten bzw. unbezahlte Pflege- und Hausarbeit leisten.

Auch auf die Frage des budgetären Spielraums von Regierungen zur Finanzierung von Sozialsystemen wird eingegangen. Ansatzpunkte sollten insbesondere progressiv gestaltete Beiträge zur Sozialversicherung und progressive Steuersysteme sein. Austerität als Mittel zur Budgetsanierung im Gefolge hoher Staatsverschuldung wird kritisch hinterfragt. [CT]

UN WOMEN (2024): [World survey on the role of women in development 2024: Harnessing social protection for gender equality, resilience and transformation](#)

UN WOMEN: Lass 2025 zum Jahr des Feminismus werden!

Unsicherheit, Krisen und der Verfall der Demokratie haben einen großen Rückschlag bei der Einlösung der Verpflichtung zur Geschlechtergleichstellung bewirkt. Fast drei Viertel der Weltbevölkerung leben heute unter autokratischer Herrschaft mit Einschränkungen in Rechte und Freiheiten, und über 600 Millionen Frauen und Mädchen lebten 2022 in von Konflikten betroffenen Ländern.

In einem Aufruf zum internationalen Frauentag wendet sich UN WOMEN an die Weltöffentlichkeit – und uns alle: Möge das Jahr 2025 als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem die Welt sich weigerte, die Rechte der Frauen aufzugeben!

Um den Gender-Gap bis 2030 weltweit zu schließen, sind Investitionen in Höhe von 360 Milliarden Dollar pro Jahr erforderlich. Sehr viel Geld, aber die Kosten von Untätigkeit sind noch höher.

- Durch Überwindung des digitalen Gender-Gaps könnten in den nächsten fünf Jahren 500 Milliarden Dollar eingespart werden.
- Öffentliche Dienstleistungen und Sozialschutz erweitern die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Sicherheit von Frauen. Durch die Schließung von Betreuungslücken in der Pflege könnten bis 2035 300 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Es braucht effektive Gesetze und bessere Implementierung für Null Gewalt gegen Frauen* und Mädchen.
- Frauenorganisationen sind die ersten, die auf Krisen reagieren und sich für den Frieden einsetzen – ihre Arbeit muss anerkannt und remuneriert werden!
- Stärkung von Frauen im Klimaschutz und Investitionen in und Zugang zu umweltfreundlichen Arbeitsplätzen wie Pflege, nachhaltige Landwirtschaft und erneuerbare Energien.

Der Aufruf schließt mit Beispielen, was auch alles auf individueller Ebene getan werden kann und einen Unterschied macht, sei es aktivistisch, in der Arbeit, in der Gemeinde oder in privaten Beziehungen! [CT]

UN WOMEN (25.2.2025): [Make 2025 count for feminism: What you can do right now](#)

UN WOMEN (18.2.2025): [Women's rights in 2025: Hope, resilience, and the fight against backlash](#)

Glossar / Abkürzungen

Austerität – Sparpolitik

CEDAW – Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women / Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, kurz „Frauenrechtskonvention“ (1979)

CSW – Commission on the Status of Women / UN-Frauenstatuskommission

GBV – Gender-Based Violence / geschlechtsbasierte Gewalt

FFP – Feminist Foreign Policy / Feministische Außenpolitik

ICT – Information and communications technology / Informationstechnologie

ILO – Internationale Labour Organization / Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen

Intersektionalität – Überschneidung bzw. Gleichzeitigkeit verschiedener Formen von sozialer Diskriminierung

Istanbul-Konvention – Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (2011)

KI – Künstliche Intelligenz

LGBTIQ+ – Lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex, queer / Sammelbegriff für Personen mit lesbischer, homosexueller oder bisexueller Orientierung bzw. einer nicht-binären (trans oder intersex) Geschlechtsidentität

Peking+30 / Beijing+30 – 30 Jahre Weltfrauenkonferenz und Aktionsplattform von Peking

SDGs – Sustainable Development Goals / UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (2015-2030)

SRHR / SRGR – Sexual and reproductive health and rights / Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

UNECE – UN Economic Commission for Europe / Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen

UN WOMEN – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

USAID – United States Agency for International Development / US-Agentur für internationale Entwicklung

WHO – World Health Organization / Weltgesundheitsorganisation

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

OECD-DAC – Development Committee / Entwicklungskomitee der OECD

woke (engl.) – (politisch) wach; wird oft abwertend verwendet

Gendergerechte Schreibweise

WIDE strebt an, eine gendergerechte, inklusive Sprache zu verwenden.

*Im WIDE-Update wird der Asterisk * folgendermaßen verwendet:*

*a) für einen gender-inklusiven Plural, der alle Geschlechter umfasst (z.B. „Freund*innen“), und*

b) wenn trotz der Bezugnahme auf ein Geschlecht (im Singular oder Plural) Geschlechtervielfalt inkludiert oder hervorgehoben werden soll (Frau/Mann*; Frauen*/Männer*; Freundinnen*/Freunde*).*

Wird hingegen auf binäre Geschlechterrollen und -Normen (Mann/Frau) Bezug genommen, oder bei Verweisen auf Texte (etwa Rechtstexte), die auf einer binären Geschlechterkonstruktion basieren, wird in der Regel kein Asterisk verwendet.

Gefördert durch die

 **Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit**

Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien, Tel: (++43-1) 317 40 31

office@wide-netzwerk.at www.wide-netzwerk.at ZVR-Zahl: 626905553

Mitarbeit: Gertrude Eigelsreiter-Jashari (GEJ), Brigitte Holzner (BH), Sabine Klotz (SK), Aleksandra Kolodziejczyk (AK), Melissa Ifeoma Ofoedu (MIO), Ourania Roditi (OUR), Nadja Schuster (SCH), Silke Steinhilber (ST)

Redaktion: Claudia Thallmayer (CT)

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

WIDE-Update 1/2025, Frontalangriff auf „Gender“ und Entwicklungszusammenarbeit. Reviews 30 Jahre nach der letzten Weltfrauenkonferenz von Peking, März 2025

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: office@wide-netzwerk.at.

Datenschutzerklärung: <https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/>